

Diskussionspapier der Berliner Linkern in der SPD (BL)

Jetzt kommt es darauf an: Gestaltungsanspruch für die Berliner Politik in Zeiten der Krise

Nach dem katastrophalen Bundestagswahlergebnis der SPD hat die politische Linke an Kraft verloren. Vor allem vermochte sie es nicht, das Scheitern neoliberaler Ideologien und die Rückkehr staatlicher Gestaltungserfordernisse für sich zu nutzen. Im Gegenteil: Zentrale Forderungen wie eine wirksame Marktregulierung oder öffentliche Investitionsprogramme wurden zuletzt scheinbar von den Konservativen übernommen. Die Grünen wiederum konzentrieren sich auf ihr umweltpolitisches Profil, schaffen es dabei aber, vor allem in den Großstädten Wählerinnen und Wähler der SPD zu gewinnen. Zugleich versuchen Teile der Linkspartei eine linke Realpolitik durch ungezügelter Populismus zu sabotieren. Im Ergebnis hat dies auf Bundes- und Landesebene zur Schwächung der SPD geführt.

Dabei ist aufgrund der Wirtschafts- und Systemkrise die Orientierung zwischen den traditionellen Lagern schwieriger geworden. Umso mehr stehen praktische Erfahrungen mit der einzigen rot-roten Landesregierung unter besonderer Beobachtung. Die Halbzeit der Legislaturperiode und die verbleibenden Jahre bis zu den Berliner Wahlen 2011 müssen deshalb genutzt werden, um die sozialdemokratische Handschrift dieser Regierung deutlich zu machen und die Dynamik ihres Handelns zu erneuern.

Zwar stellt sich 2011 wie nach jeder Wahl die Frage nach möglichen Koalitionen neu, doch gilt für die laufende Legislaturperiode: Eine SPD-geführte rot-rote Landesregierung ist für Berlin richtig und notwendig. Sie unterliegt allerdings einem doppelten Legitimationsdruck: Einerseits müssen Prioritäten klar formuliert und für alle erkennbar sozial ausgestaltet sein. Andererseits bildet Rot-Rot in der Hauptstadt immer auch einen Referenzpunkt für die mögliche Zusammenarbeit in anderen Ländern und auf Bundesebene. Unabhängig davon, ob dort die nötige Einigungsfähigkeit in zentralen Fragen bestehen wird, muss die Berliner Koalition bereits heute praktisch funktionieren. Dies beinhaltet die Fähigkeit, den roten Faden der eigenen Politik zu verdeutlichen, erforderlichenfalls pragmatisch zu handeln und so einen fortschrittlichen politischen Gestaltungswillen in Wort, Tat und Personen zu beweisen.

(1) Positive Bilanz und neue Herausforderungen

Der SPD-geführte Senat hat in den vergangenen acht Jahren Wichtiges für die Stadt geleistet. Rot-Rot ist für Berlin nach wie vor ein erfolgreiches Reformprojekt, getragen in beiden Hälften der Stadt. Zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode haben wir als SozialdemokratInnen klare Schwerpunkte definiert, um auf die aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu reagieren:

- Wir investieren zuvorderst in Bildung und Wissenschaft, Jugend und Familie – zuletzt mit den geplanten Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in den Berliner Kitas in Höhe von 50 Millionen Euro und mit der Schulreform, die mit den neuen integrierten Sekundarschulen längeres gemeinsames Lernen ermöglicht sowie der Einstellung 30 zusätzlicher Lehrkräfte in Schulen in sozialen Brennpunkten.

- Daneben sehen wir die Notwendigkeit, die Bezahlung im öffentlichen Dienst wieder an die Tarifentwicklung in anderen Bundesländern anzupassen.
- Außerdem stärken wir die Bürgernähe und Serviceorientierung der Verwaltung, indem wir für Investitionen in Bildungseinrichtungen und für eine angemessene Finanzausstattung öffentlicher Leistungen in den Kiezen und Bezirken sorgen. Auch die von uns geschaffenen zusätzlichen nicht-richterlichen Stellen tragen zu einer besseren Verwaltung bei.

Mit diesen Maßnahmen stärken wir die Nachfrage, eröffnen künftige Wachstumspotenziale, schaffen soziale Gerechtigkeit und Aufstiegschancen und gewährleisten einen handlungsfähigen Staat. Nicht nur, aber gerade in der Krise müssen sich die Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen können, dass die öffentliche Hand stützend eingreift, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Stadt zu stabilisieren.

Dabei ist es für die nächsten Jahre unverzichtbar, sich verschlechternde finanzielle Rahmenbedingungen bereits heute zu berücksichtigen. Als linke Volkspartei stehen wir für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, die in der Krise stützend eingreift, langfristig jedoch die Handlungsfähigkeit durch eine umsichtige Ausgabengestaltung erhält. Für teure Prestigeprojekte sehen wir daher derzeit wenig Spielraum. Wichtiger ist uns, die Basisleistungen eines Gemeinwesens verlässlich und wirtschaftlich zu gewährleisten. Wir setzen Prioritäten und investieren in das Notwendige: etwa in die Bildung und Wissenschaft, aber auch mit Blick auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Für einen weiteren Personalabbau und den fortgesetzten Zwang, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem Personalüberhang zuzuführen, ohne dass Aufgaben wegfallen, sehen wir kaum noch Möglichkeiten. Stattdessen muss die Leistungsfähigkeit durch eine angemessene Lohn- und Gehaltsentwicklung, durch Qualifizierung und Weiterbildung sowie Einstellungskorridore gestärkt werden.

Unsere Politik beruht auf einem modernen Gesellschaftsbild. Wir stehen für eine freiheitliche, tolerante und vielfältige Stadtgesellschaft, die Bürgerrechte verteidigt und insbesondere auch den vielen Menschen mit Migrationshintergrund eine attraktive Lebensperspektive bietet. Wir wissen um ihren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Dabei ist Integration keine Einbahnstraße, sondern ein gemeinsames Projekt, für das sich Zuwandernde und aufnehmende Gesellschaft gleichermaßen engagieren müssen.

Bereits heute ist Berlin eine Stadt vieler Kulturen und Religionen. Die große Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner mit Migrationshintergrund lebt hier gut integriert. Dabei haben Probleme ihren Ursprung in sozialen Problemlagen und nicht vorrangig in den Ethnien. Deshalb müssen wir eine defizitär geführte Debatte vermeiden und stattdessen die Ressourcen und Chancen einer vielfältigen Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen. Erforderlich ist eine aktive Integrationspolitik der Strategien und Maßnahmen, nicht der Abwehr und Emotionalisierung.

Fast 50% der Berliner Kinder und Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund. Die Heimat dieser meist hier geborenen jungen Menschen ist Berlin und sie werden die Zukunft

unserer Stadt mitprägen. Da viele von ihnen sozial schwächeren Familien angehören, muss die SPD in den nächsten Jahren versuchen, gerade auch für sie den Aufstieg zu erleichtern. Studien belegen, dass dies bislang in keinem anderen europäischen Land so sehr vom sozialen Hintergrund abhängt wie in Deutschland. Keine Gesellschaft aber kann es sich leisten, die Hälfte ihrer Kinder und Jugendlichen als Fremde zu betrachten. Wer sie deshalb nicht als wichtigen Bestandteil der Bevölkerung versteht, vernachlässigt Zukunftschancen und gefährdet den sozialen Frieden in unserer Stadt.

Für eine erfolgreiche Integrationspolitik haben Berlin und der SPD-geführte Senat mit dem Integrationskonzept bereits einen wichtigen Beitrag geleistet. Ziel muss es nun sein, den empfehlenden Charakter des Konzeptes in einem Gesetz weiterzuentwickeln, das u. a. eine kulturelle Öffnung der Verwaltung verbindlich macht.

Unser Leitmotiv für die Gestaltung einer solidarischen Stadtpolitik sind Fortschritt und Leistungsfähigkeit durch Teilhabe, Solidarität und aktives Handeln. Dies erfordert neben der Formulierung richtiger Schwerpunkte auch Vertrauen in die handelnden Akteure. Kommunikation in die Stadt hinein ist dabei keine Kür, sondern Pflicht. Negative Wahlergebnisse verweisen hier auf Defizite. Neue Unterstützung für unsere Reformpolitik setzt deshalb eine selbstbewusste Partei mit fähigem und breit verankertem Führungspersonal voraus. Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken, um die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen zu bewältigen. Mit dem vorgelegten Positionspapier will die Berliner Linke in der SPD dazu beitragen.

(2) Durchsetzung und Darstellung unserer Schwerpunkte

Trotz richtiger Schwerpunkte der Berliner SPD besteht teilweise eine Lücke zwischen unserem politischen Anspruch, zugehörigen Beschlüssen und ihrer Umsetzung. Dies ist aufgrund des eingeschränkten finanziellen Rahmens häufig nachvollziehbar. Gerade deshalb aber müssen unsere Prioritäten stringent und nachvollziehbar erklärt werden. Dies gilt u. a. auch für die Schulstrukturreform, die die Berliner Linke in der SPD unterstützt und für die bereits im laufenden wie auch im künftigen Haushalt Schwerpunkte gesetzt wurden. Wir müssen uns eindeutig und selbstbewusst für den Reformprozess des längeren gemeinsamen Lernens in integrierten Sekundarschulen bis zur Einrichtung der Gemeinschaftsschule als Regelangebot einsetzen.

Hinzu treten Bildungs- und Leistungsrisiken, wenn die personelle Basis aufgrund zu geringer Bezahlung und Verfügbarkeit des Lehrkörpers wie auch anderer Teile des öffentlichen Dienstes nicht dauerhaft gewährleistet ist. Umso weniger können wir uns eine senatsinterne Zweigleisigkeit erlauben, wonach einige VertreterInnen konstruktive Angebote an die Gewerkschaften vorbereiten, während andere die vermeintlich bürgernahen Hardliner geben.

Zugleich passieren Bildung und Daseinsvorsorge vor Ort, werden also getragen von Ausgaben und Investitionen in den Bezirken. Ihnen stets eine unbewiesene Überausstattung zu unterstellen, ohne Perspektiven für die konkrete Aufgabenerfüllung zu bieten, gefährdet die gesamte Stadtpolitik. Deshalb müssen wir im Vollzug stärker vernetzt und vor allem kooperativ agieren. Dies ist meist weniger eine Frage des Geldes und der Steuerung als des Umgangs und der Kommunikation. Gefordert ist eine Stadtpolitik, die sich aus dem

Miteinander von Landes- und Bezirkspolitik ergibt und getragen wird von wechselseitigem Verständnis und Engagement.

Um die Ressourcen für die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern, müssen Trägerschaft und Eigentum diskutiert werden. Wir haben in Berlin unterschiedliche und i. T. negative Erfahrungen mit Privatisierungen im Ver- und Entsorgungsbereich gesammelt. Eine kritische Überprüfung dieser Politik ist erforderlich. Die SPD muss sich dafür einsetzen, staatliche Einflussmöglichkeiten zurück zu gewinnen. Wir plädieren deshalb für eine differenzierte, aber aktive Rekommunalisierungsstrategie.

Für die benannten Herausforderungen haben wir in den vergangenen Jahren durchaus richtige Weichen gestellt – zuletzt durch die Schulreform, durch neue Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, durch das Konjunkturprogramm im Bereich Bildung und verstärkte Bemühungen in der Jugendhilfe und durch eine Besserstellung der Bezirksfinanzen. Diese unbestreitbaren Leistungen müssen jedoch – verknüpft mit Personen, die sie vertreten – besser und geschlossener kommuniziert werden. Wir sind eine pluralistische Partei, die sich interne Diskussionen nicht nur leistet, sondern für eine nachhaltige Lösungssuche auch darauf angewiesen ist. Dieser Prozess muss im Ergebnis gewürdigt und nach außen selbstbewusster dargestellt werden. Hierbei erweist es sich als strategisches Problem, wenn Führungspersonal ohne erkennbaren Grund in Frage gestellt oder Parteibeschlüsse nur widerwillig oder gar nicht umgesetzt werden. Entscheidungen des Landesparteitages können nicht als unverbindlich gelten – so darf etwa die Verlängerung der Autobahn A100 nicht mit über 5 Mio. Euro in den Doppelhaushalt 2010/2011 eingestellt werden.

Hinzu kommt ein gelegentlicher Mangel an Aufmerksamkeit und Empathie für die Situation in unserer Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gerade in schwieriger Zeit, dass wir ihre jeweiligen Lebenssituationen und Lebenslagen ernst nehmen, Antworten auf ihre Fragen und zu ihren Problemen formulieren. Die Akzeptanz auch unpopulärer Entscheidungen ist höher, wenn die sozialen und ökonomischen Erfordernisse der Menschen gleichermaßen berücksichtigt werden. Dieser verantwortungsvolle Politikstil ist es letztlich, der uns von anderen Parteien unterscheidbar macht und unsere Führungsrolle in der Stadt legitimiert. Hier müssen wir nacharbeiten und besser werden.

(3) Forderungen der Berliner Linken in der SPD für eine weiterhin erfolgreiche Politik

Berlin braucht eine Vision und Vorstellung davon, wo es hin will und die SPD-geführte Koalition es hinführen wird. Kernprojekte und zentrale Botschaften der Berliner SPD müssen vom Regierenden Bürgermeister wie auch allen SPD-Senatsmitgliedern, von der Abgeordnetenhausfraktion und unseren Bezirkspolitikern aktiv vermittelt werden. Aus Sicht der Berliner Linken in der SPD stehen dabei folgende Positionen und Forderungen im Vordergrund:

Klare Prioritäten und finanzielle Schwerpunkte

- Konzentration knapper Mittel auf den Schul- und Bildungs- sowie den Jugend- und Familienbereich.
- In Fortsetzung des von der SPD initiierten Stufenplans zur Qualitätsverbesserung in

den Berliner Kitas. Umsetzung weiterer Maßnahmen bis 2012.

- Festhalten am langfristigen Ziel eines ausgeglichenen Landeshaushalts.
- Hierzu Einführung eines linken Finanzierungsvorbehalts zugunsten der Bildungs-, Jugend- und Sozialpolitik als Maßstab künftiger Haushaltsentscheidungen – damit Begrenzung etwaiger Mehrausgaben auf diesen Bereich und verpflichtende Gegenfinanzierung anderer Maßnahmen im Rahmen zur Verfügung stehender Mittel.
- Zugleich Verzicht auf teure, prestigeträchtige Neubauprojekte, was zumindest derzeit auch die Vorhaben einer Landesbibliothek und Kunsthalle betrifft.
- Entwicklung von finanzpolitischen Regelwerken auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene, die eine aktive Politik auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite mit dem Erfordernis langfristig solider Staatsfinanzen verbinden.

Bildung, Gleichstellung, Teilhabe und Integration

- Gewährleistung allgemeiner Bildungs- und Aufstiegschancen durch die Beitragsfreistellung von der Kita bis zur Hochschule, die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit und weitere Qualitätsverbesserungen.
- Verbesserte Einstellungs- und Gehaltsbedingungen für dringend benötigte Lehrkräfte.
- Evaluierung der Modellphase zur Gemeinschaftsschule Ende 2009/Anfang 2010 und bei positiver Evaluierung weiterer Ausbau dieses Modells; im Bedarfsfall Behebung von evtl. Defiziten.
- Stärkung des sozialen Zusammenhalts in unserer Einwanderungsstadt durch eine aktive von allen Berlinerinnen und Berlinern gelebte Integrationspolitik, die Migrantinnen und Migranten unterstützt und ihnen aktive Teilhabe und Entscheidung in unserem Gemeinwesen ermöglicht. Qua Bundesrat ist darauf zu dringen, dass Ungleichbehandlungstatbestände wie z.B. der Optionszwang bundesweit fallen.
- Berlin zur geschlechtergerechten Metropole ausbauen, indem wir das Landesgleichstellungsgesetz modernisieren, die Lohnlücken zwischen Frauen und Männern schließen und allen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Kinder / Pflege) erleichtern. Quotierung von Aufsichtsräten und Einhaltung des Landesgleichstellungsgesetz bei der Besetzung von Vorstandsposten. Sicherstellung der geschlechtergerechten Repräsentanz von Frauen und Männern in Aufsichtsräten, Vorständen und Führungsebenen.
- Schutz und Stärkung von allgemeinen Bürgerrechten insbesondere der informationellen Selbstbestimmung. Sicherung einer allgemeinen Teilhabe auch durch die mittel- und langfristige Umsetzung eines kostenfreien WLAN für alle Berlinerinnen und Berliner.

Nachhaltige und soziale Stadtentwicklung

- Fortsetzung der Politik der nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung, mit dem Ziel, eine gesellschaftliche Spaltung der Stadt zu verhindern.
- Ausgabenschwerpunkte in Kiezen und Quartieren mit besonderen sozialen Problemen, hierzu Erhalt eines effektiven Wertausgleichs.
- Berücksichtigung des Ziels bezahlbaren Wohnraums bei allen Maßnahmen und Gesetzen, die das Land selbst beschließt.
- Weitere Begrenzung von Mietpreissteigerungen auf dem Wege einer Bundesratsinitiative zur Einführung einer Kappungsgrenze von Mieterhöhungen bei

Neuvermietungen und stärker auch bei laufenden Mietverträgen.

- Fortentwicklung des Berliner Mietspiegels zu einem Instrument, das Mietsteigerungen, die sich auf kleinere Ausstattungsveränderungen stützen, verhindert.

Leistungsfähige Bezirke und angemessene Ausstattung öffentlicher Einrichtungen

- Fortsetzung eines innerstädtischen Wert- und Solidarausgleichs, jedoch Gewährleistung einer ausreichenden Ausstattung aller Bezirke.
- Dauerhafte Lösungen für bestehende und künftig ggf. auftretende Schulden und Defizite.
- Erhalt dezentraler öffentlicher Kultureinrichtungen in Abwägung mit Bildungsangeboten und den Erfordernissen einer sozialen Stadtentwicklung.

Zukunftsfähiger Öffentlicher Dienst

- Auslaufen des Solidarpakts zum vereinbarten Termin ohne negative Anschlussregelung.
- Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder und Übernahme TVL; Ziel einer tariflichen Ost-West-Angleichung.
- Auflegung eines Programms zur Qualifizierung des öffentlichen Dienstes und Festschreibung eines Einstellungskorridors von jährlich mindestens 60 Auszubildenden.
- Tarifabschluss 2009/2010 mit einer Tarifierhöhung oberhalb von einem Prozent.

Nachhaltige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

- Keine weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums.
- Prüfung einer verstärkten kommunalen Leistungserbringung und Rekommunalisierung insbesondere in den Bereichen Ver- und Entsorgung sowie Verkehr.
- Konzentration öffentlicher Wirtschaftspolitik und Förderung auf innovative Unternehmen der Umwelt- und Gesundheitsbranche.
- Bekenntnis zu einer aktiven Industriepolitik, die Wertschöpfung und Arbeitsplätze im produzierenden Bereich sichert und neue Kapazitäten nach Berlin zieht.
- Programm für eine linke Mittelstandspolitik, die Bildungs- und Aufstiegschancen schafft, dabei die wichtige Rolle von klein- und mittelständischen Unternehmen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen fördert und konkrete Maßnahmen zur Entbürokratisierung ergreift.
- Fortsetzung und Intensivierung des ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft durch erweiterte Investitionen in rationelle Energienutzung und regenerative Energien sowie durch richtige Akzente bei der Zusammenführung der gesetzlichen Grundlagen im Bereiche Klima- und Umweltschutz.
- Schaffung eines ergänzenden öffentlichen Beschäftigungssektors, der arbeitsmarktfremden Personen gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe ermöglicht
- Schaffung von Programmen, die Alleinerziehenden einen verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.
- Verstärkte präventive Orientierung der Sozialpolitik durch mehr flankierende Leistungen in der Jugend- und Familienhilfe.

Wissenschaft und Forschung

- Erhalt der Studiengebührenfreiheit, ebenso keine Einführung von Studienkonten.
- Umfassende Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes mit einer Demokratisierung der Hochschulen.
- Weiterer Ausbau der Studienplatzkapazitäten im Bachelor- und Masterbereich
- Stärkere Öffnung der Hochschulen für Studierende ohne Abitur.
- Staatliche Unterstützung der Hochschulen insbesondere im Bereich der Grundlagenforschung auch in den Bereichen, in denen wenige Drittmittel eingeworben werden.

Kultur als Menschenrecht und ökonomischer Faktor

- Zugang für alle Menschen zu Bildung und Kulturangeboten – keine Abhängigkeit kultureller Teilhabe vom Geldbeutel oder von fehlenden Bildungschancen.
- Verbesserung der Situation der Kulturschaffenden durch den Erhalt und Aufbau einer auch dezentralen kulturellen Infrastruktur und durch Maßnahmen zum Schutz des geistigen Eigentums.